



Viele Aussagen, wenig Bewegung: Lorenz Lingermann (v.L.), geschäftsführender Gesellschafter eines Stahlgroßhandels in Bad Oeynhausen, gab den Kandidaten Sebastian Jerry Neumann (Linke), Jana Sasse (Grüne), Jürgen Sprick (AfD), Frank Schäffler (FDP), Oliver Vogt (CDU) und Achim Post (SPD) ein Stichwort vor. FOTO: HARTMANN

# Ja zur Zuwanderung von Experten

**Bundestagswahl 2017:** Die Kandidaten von SPD, CDU, FDP, Grünen und AfD waren sich auf dem Podium der IHK beim Thema Fachkräftemangel weitgehend einig – nur der Bewerber der Linken äußerte Bedenken

Von Frank Hartmann

■ **Lübbecke.** Das Geschehen auf dem Podium in Barre's Brauwerk am Donnerstagabend war, wie in den Vorjahren, relativ statisch. Ungezwungen lebhaft zeigte sich hingegen dieses Mal das Publikum, dem die Industrie- und Handelskammer (IHK) die sechs Bundestagskandidaten des Wahlkreises Minden-Lübbecke I präsentierte: Die Reaktionen der zahlreichen Zuhörer reichten von mahnenden Zwischenrufen wie „Ohne Rassismus“ zu einer Aussage von Jürgen Sprick (AfD) und Unmutsäußerungen über die Rolle von Zeit- und Leiharbeitsfirmen bis zu starkem Applaus und kräftigem Tischeklopfen.

Bevor die Moderatoren, darunter Kai Büntemeyer vom Rahdener Industrieunternehmen Kolbus, die Kandidaten zu Sachthemen befragten, wollten sie erst einmal Privates hören. So war beispielsweise zu erfahren, dass über Urlaub im Mühlenkreis die Frau von Achim Post (SPD) entscheidet und Oliver Vogt (CDU) noch nie im Storchendomuseum in Petershagen war, was Stimmen des Unverständnisses im Publikum auslöste und Achim Post mit „Du bist zu ehrlich“ kommentierte.

## »Ich schaue kein Fernsehen«

Jana Sasse (Grüne) berichtete, dass sie früher »jahrelang Karate gemacht« hat, Frank Schäffler (FDP) zieht Butterkuchen den Alternativen Käse-Sahne-Torte und Obstküchen vor, und Sebastian Jerry Neumann (Linke) fällt die Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit schwer. Jürgen Sprick (AfD), der sich zwischen fünf Fernsehsendern entscheiden sollte, sagte: »Ich schaue kein Fernsehen«, eine Aussage, dem ungläubigen Raunen der Gäste folgte.

Deutlich politischer war der zweite Frageblock, dem die Sechsauf dem Podium sich stellten. So kritisierte Post an der Bundeskanzlerin, sie zeige »zu wenig Bereitschaft für



**Erklärte, was Wahlen entscheidet:** Meinungsforscher und Berater Klaus-Peter Schöppner. FOTO: FHA



**Einzigste Frau:** Jana Sasse (Grüne) ist für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. FOTO: AXL



**Sichtlich überrascht:** Reaktion von Frank Schäffler (FDP) auf eine der persönlichen Fragen. FOTO: AXL



**Behält die Zeit im Auge:** Karl-Ernst Hunting, Leiter der IHK-Zweigstelle Minden, informierte die Gäste und die Moderatoren auf dem Podium über die verbleibende Redezeit. FOTO: ALEXANDER LANGE

Veränderung“. Dass die Polizei in den Nachstunden aus den Wachen in Bad Oeynhausen und Lübbecke abgezogen worden sei, bezeichnete Post als „schwierig, aber offenbar nicht zu ändern“.

Oliver Vogt konterte, indem er den Wahlkampf von

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz als „langweilig“ bezeichnete und merkte zum Stichwort Arbeit 4.0 an, alles sei mit allem vernetzt und benötige ein „Gesamtkonzept“.

Jana Sasse antwortete auf die Frage nach zusätzlich entstandener Bürokratie in den

Unternehmen durch die Vorschriften zum Mindestlohn, sie halte „weniger Bürokratie für sinnvoll“. Auf lange Sicht positiv sieht sie eine landesweite Quote für Elektroautos.

Mit US-Präsident Donald Trump würde Frank Schäffler gern einmal über mehr

Arbeitsplätze durch Freihandelsabkommen reden. Kritisch sieht er hingegen Programme zur öffentlichen Beschäftigung von Arbeitslosen – eine Aussage, die nicht alle Zuhörer unterstützten.

Sebastian Jerry Neumann hält wenig von Handelsanktionen der EU gegen Russland und befürwortet Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten nur, „wenn sie bis auf den Cent ersichtlich sind“.

Jürgen Sprick macht „viele bürokratische Hindernisse“ verantwortlich für die erheblichen Schwierigkeiten bei deutschen Großprojekten und würde „am liebsten alle“ Regierungsmitglieder ersetzen.

## »Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz«

Längere Statements gaben die Bundestagskandidaten ab zu Büntemeyers Frage, wie sie dem Fachkräftemangel begegnen wollen. Oliver Vogt überraschte die Anwesenden mit einer Aussage, die im Widerspruch zur großen Mehrheit in seiner Partei und in der CSU stehe, das sei ihm bewusst: »Wir brauchen dringend ein Einwanderungsgesetz, denn wir sind auf Zuwanderung angewiesen.«

Achim Post ergänzte, die SPD habe ein Einwanderungsgesetz »fertig in der Schubladende“, und Jürgen Sprick sagte, es sei in Ordnung, wenn die Fachkräfte aus EU-Ländern wie beispielsweise Italien oder Spanien kämen. Allerdings müsse man sich fragen, warum so viele Fachkräfte Deutschland verließen.

Der einzige, der sich kritisch zu Fachkräften aus dem Ausland äußerte, war Sebastian Jerry Neumann. Begründung: Deren Abwanderung könne die Wirtschaft in ihren Heimatländern »gefährden“.

Insgesamt zweieinhalb Stunden dauerte die IHK-Podiumsdiskussion, in der Achim Post seine Erfahrung als Abgeordneter ausspielen konnte, in denen aber auch die anderen Kandidaten zeigten, wofür sie stehen, was zu einer letzten Reaktion des Publikums führte: Es applaudierte.

## Erkenntnisse der Meinungsforschung

- ◆ Klaus-Peter Schöppner war von 1990 bis 2013 Geschäftsführer von TNS Emnid. Heute leitet er das Beratungsunternehmen Mentefactum in Bielefeld.
- ◆ In einem kurzen Vortrag über Prognoserisiken beantwortete Schöppner in Barre's Brauwerk die Frage: »Was entscheidet eigentlich die Bundestagswahl?«
- ◆ Zu den provokantesten

Thesen, die der Gastredner vortrug, gehörten Aussagen wie »Jeder zweite Wähler weiß nichts über die Zweitstimme«, »Der Inkompetenzdruck der Politik hat stark zugenommen« und »Jeder hat seine eigene Meinung und lebt in seiner eigenen Welt – wir können nicht mehr argumentieren.«

- ◆ Was eine Wahl entschei-

de, so Schöppner, seien oft »unpolitische Gründe«. Als Belege nannte er beispielsweise, dass 70 Prozent der Wähler »keine Parteiunterschiede mehr sehen«. Als »sehr wichtig« bezeichnete er die Persönlichkeit der Kandidaten. Wähler erwarteten von einem Politiker vor allem, dass er glaubwürdig und vertrauenswürdig sei. (fha)